

Antrag 64/I/2026**Abt. 08/13 Buckow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Stärkung des Völkerrechts als Leitprinzip sozialdemokratischer Außenpolitik**

- 1 Die SPD bekräftigt ihre Verpflichtung zu einer internatio-
- 2 nalen Ordnung, die auf dem Völkerrecht und insbesonde-
- 3 re auf der Charta der Vereinten Nationen beruht.
- 4
- 5 Die Achtung, Durchsetzung und Weiterentwicklung des
- 6 Völkerrechts bilden eine zentrale Leitlinie sozialdemo-
- 7 kratischer Außen- und Sicherheitspolitik. Maßstab politi-
- 8 schen Handelns muss die universelle Geltung völkerrecht-
- 9 licher Normen sein – unabhängig von politischen, wirt-
- 10 schaftlichen oder sicherheitspolitischen Interessenlagen.
- 11
- 12 Vor diesem Hintergrund fordern wir:
- 13 1. Konsequente Orientierung am Völkerrecht Die Bun-
- 14 desregierung wird aufgefordert, ihr außen- und si-
- 15 cherheitspolitisches Handeln konsequent an den
- 16 Prinzipien des Völkerrechts auszurichten und dieses
- 17 als verbindlichen Maßstab politischer Entscheidun-
- 18 gen zu stärken.
- 19 2. Universelle Anwendung völkerrechtlicher Normen
- 20 Die Bundesregierung soll sich auf europäischer und
- 21 internationaler Ebene dafür einsetzen, dass völker-
- 22 rechtliche Normen universell angewandt werden
- 23 und keine selektive Auslegung oder Anwendung er-
- 24 folgt.
- 25 3. Stärkung multilateraler Institutionen Internationa-
- 26 le Institutionen, insbesondere die Vereinten Natio-
- 27 nen sowie internationale Gerichte und Organisatio-
- 28 nen, sind in ihrer Rolle zur Sicherung und Durchset-
- 29 zung des Völkerrechts aktiv zu stärken.
- 30 4. Förderung des humanitären Völkerrechts Deutsch-
- 31 land soll sich verstärkt für die Einhaltung und Wei-
- 32 terentwicklung des humanitären Völkerrechts ein-
- 33 setzen, insbesondere für den Schutz der Zivilbevöl-
- 34 kerung in bewaffneten Konflikten.
- 35 5. Rechtsstaatliche Klärung von Völkerrechtsfragen Bei
- 36 strittigen völkerrechtlichen Fragen ist auf transpa-
- 37 rente, rechtlich fundierte Bewertungen und – wo
- 38 möglich – auf internationale gerichtliche Klärung
- 39 hinzuwirken.
- 40 6. Stärkung der völkerrechtlichen Kompetenz und öf-
- 41 fentlichen Debatte Die Bundesregierung sowie die
- 42 SPD auf allen Ebenen sollen die Bedeutung des Völ-
- 43 kerrechts stärker in den öffentlichen Diskurs ein-
- 44 bringen und zur Förderung eines breiten Verständ-
- 45 nisses für dessen Rolle beitragen.
- 46
- 47

48 **Begründung**

49 Das Völkerrecht bildet das Fundament einer friedlichen
50 und stabilen internationalen Ordnung. Seine Glaubwür-
51 digkeit hängt maßgeblich davon ab, dass es universell an-
52 gewendet und nicht selektiv interpretiert wird.

53 Gerade in Zeiten zunehmender geopolitischer Spannun-
54 gen und wachsender globaler Unsicherheiten ist es von
55 zentraler Bedeutung, dass Deutschland und Europa als
56 verlässliche Akteure für die Einhaltung und Weiterent-
57 wicklung des Völkerrechts eintreten.

58 Für die SPD ergibt sich daraus eine besondere Verantwor-
59 tung: Als traditionsreiche Regierungspartei steht sie für
60 eine Außenpolitik, die sich an Recht, Kooperation und mul-
61 tilateralen Strukturen orientiert. Die konsequente Stär-
62 kung des Völkerrechts ist daher nicht nur ein rechtli-
63 ches Gebot, sondern auch Ausdruck sozialdemokratischer
64 Grundwerte von Gerechtigkeit, Frieden und internationa-
65 ler Solidarität.